

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@levspd.de
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 19. September 2018
jf/F.4-151

Antrag: Rahmenkonzept Grundschulen in Schlebusch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

Die Verwaltung wird beauftragt mit den Schulgemeinschaften (Lehrer, Schüler, Eltern, Elternpflegschaft, Förderverein, OGS-Träger etc.) der KGS Gezelin-Schule, der GGS Morsbroicher Str. und der KGS Wasserkuhl ergebnisoffene Gespräche zur Zukunft aller Schulstandorte zu führen. Alle Beteiligten können in dieser Form der Bürgerbeteiligung zu Wort kommen.

Die Vorschläge und Einwände werden gesammelt und in die Entscheidungsfindung einbezogen. Erst auf dieser Grundlage wird im Anschluss eine Entscheidung zur Zukunft der Gezelin-Schule und die möglichen Veränderungen der Schulstandorte GGS Morsbroicher Str. und KGS Wasserkuhl getroffen.

Begründung:

Die Debatte um die Zukunft der KGS Gezelin-Schule hat zu zahlreichen Diskussionen in der Elternschaft und im Stadtteil Schlebusch geführt. Dieses zeigt wie groß die emotionale Bindung an eine Schule und an einen Schulstandort im Ort sein kann.

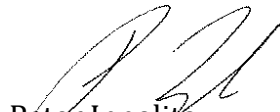
Für uns nimmt der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ eine besondere Bedeutung ein. Grundschulen sollten einen wohnräumlichen Bezug haben und möglichst zu Fuß erreichbar sein. Weite Wegstrecken, insbesondere mit dem Auto, bis zur Schule wollen wir, sofern möglich, vermeiden.

Gleichzeitig müssen die Schulen in einem den pädagogischen, sowie technischen Ansprüchen entsprechenden Zustand sein oder gebracht werden. Entsprechende Abwägungen sind bei der Entscheidung für den Schulstandort der KGS Gezelin-Schule und die möglichen Veränderungen der Standorte der GGS Morsbroicher Str. und der KGS Wasserkuhl zu treffen.

Diese Abwägungen können jedoch nicht ohne die Beteiligung der betroffenen, der Schüler, Eltern und Lehrer bzw. der gesamten Schulgemeinschaften, getroffen werden. Beteiligung und transparente Informationen müssen in dem Prozess hergestellt werden.

Entscheidend ist, dass dieser Prozess unvoreingenommen und ergebnisoffen gestaltet wird. Erst nach Abwägung aller Vorschläge und Einwände kann eine fundierte Entscheidung getroffen werden.


Mit freundlichen Grüßen



Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender



Ingrid Geisel
Ingrid Geisel
Schulpolitische Sprecherin



Milanie Hengst
Ratsmitglied